

Statement

von

Peter Driessen  
Hauptgeschäftsführer  
des  
Bayerischen Industrie- und Handelskammertages

anlässlich

der  
Bayerischen Konjunkturpressekonferenz  
am 19.10.2016, 10:30 Uhr,  
IHK für München und Oberbayern,  
Großer Clubraum,  
Balanstraße 55 - 59, 81541 München

Sehr geehrte Damen und Herren,

die bayerische Wirtschaft geht mit bester Stimmung in einen sonnigen Konjunkturherbst. Steigende Einkommen, Beschäftigungszuwächse, niedrige Zinsen und günstige Rohstoffpreise halten den Boom weiter am Laufen. Die aktuelle Geschäftslage ist auf Rekordniveau und die Betriebe rechnen für das In- und Auslandsgeschäft mit einer soliden Nachfrage in den kommenden Monaten. Wermutstropfen sind der Fachkräftemangel sowie starke Zweifel an den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Beides belastet die Wirtschaft und verhindert ein höheres Wachstum. Dies sind die zentralen Ergebnisse der Konjunkturumfrage der bayerischen IHKs unter rund 4.000 Unternehmen.

Der BIHK-Konjunkturindex festigt mit 128 Punkten sein hohes Niveau vom Frühjahr. Dieser Indikator fasst Lageurteile und Erwartungen der Unternehmen zusammen. Hochgehalten wird die Stimmung von der aktuell guten Geschäftslage: 52 Prozent der bayerischen Betriebe bezeichnen sie als „gut“ und nur 7 Prozent als „schlecht“. Dies sind Rekordwerte, die überhaupt erst zum zweiten Mal seit Beginn unserer Befragung im Jahr 1993 erreicht worden sind.

Dennoch kann man nicht von Euphorie sprechen. Zwar stehen die Chancen gut, dass sich die positive Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten fortsetzt. Rund jedes vierte

Unternehmen rechnet mit einer besseren Geschäftsentwicklung und lediglich jedes zehnte mit einer Eintrübung. Per Saldo liegen die Erwartungen mit 13 Punkten aber nur im Bereich ihres langfristigen Durchschnitts (9 Punkte). Der leichte Rückgang seit dem Frühjahr ist dagegen vor allem jahreszeitlich bedingt.

Diese Zurückhaltung hat verschiedene Gründe: Die größte Bremswirkung geht vom Fachkräftemangel aus: 18 Prozent der bayerischen Unternehmen möchten Stellen aufbauen und nur 10 Prozent Stellen abbauen. Ob sie die benötigten Fachkräfte jedoch bekommen, ist mehr als fraglich: Jedes zweite Unternehmen sieht im Fachkräftemangel ein Risiko für die Geschäftsentwicklung. Der Negativrekord vom Frühjahr mit 46 Prozent wurde damit nochmals übertroffen. Wie akut die Situation für die Unternehmen ist, zeigen auch die offenen Stellen: 41 Prozent der bayerischen Unternehmen können ausgeschriebene Stellen seit mehr als zwei Monaten nicht besetzen.

Zweitens wird die Politik immer noch skeptisch gesehen. Wie im Frühjahr werden die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen von 48 Prozent der Unternehmen als Risiko für die eigene Geschäftsentwicklung genannt. Gründe für diese hohe Unsicherheit sind die zunehmende Bürokratie, die Niedrigzinspolitik, zu hohe Steuern sowie politische Spannungen wie in der Türkei und Russland oder der Brexit.

Auch die politischen Divergenzen innerhalb der EU stellen nach Einschätzung der Unternehmen ein Risiko für die bayerische Wirtschaft dar.

Schließlich ist das Wachstum der Weltwirtschaft bei Weitem nicht mehr so stark wie in früheren Jahren. Dies erschwert den Exportunternehmen die Expansionsmöglichkeiten.

Wie sieht es in den einzelnen Branchen aus?

### **Bauwirtschaft:**

Das Baugewerbe präsentiert sich in Bestform: 63 Prozent der Unternehmen sind mit ihrer Lage zufrieden und lediglich 3 Prozent unzufrieden. Dies ist ein neuer Rekord.

Haupttreiber ist der Wohnungsbau. Er boomt, denn dank sicherer und steigender Einkommen sowie niedriger Zinsen wollen die Haushalte Immobilien kaufen. Zusätzlich zieht der Immobilienmarkt immer mehr Investoren an, die eine sichere Geldanlage suchen. Auch der Wirtschaftsbau und der öffentliche Bau haben in den vergangenen Monaten zugelegt.

Ein IHK-eigener Indikator zeigt uns, dass der Bau-Boom noch lange nicht zu Ende ist. Die bayerischen IHKs haben in ihrer Rolle als Träger öffentlicher Belange bis Ende September rund 2.500 Stellungnahmen zu Flächennutzungs-

und Bebauungsplänen von bayerischen Städten und Gemeinden abgegeben. Dies entspricht bereits dem Volumen des gesamten Vorjahres. Es zeigt, wie stark die Kommunen Planungen für Bauprojekte vorantreiben.

Der Boom am Bau wird derzeit nur durch den Fachkräftemangel gebremst. Für drei Viertel der Betriebe ist die dünne Personaldecke das Geschäftsrisiko Nummer eins. Dies ist ein neuer (Negativ-)Rekord.

### **Handel:**

Neben dem Baugewerbe profitiert insbesondere der Handel von der robusten Inlandsnachfrage. Im Vergleich zum Frühjahr laufen die Geschäfte sogar nochmals besser. Die Lageurteile erreichen den höchsten Stand seit fünf Jahren. Für die kommenden Monate haben die Unternehmen jedoch ihre Prognosen reduziert. Sowohl für das In- als auch das Auslandsgeschäft sind sie zurückhaltender als zuletzt. Dies betrifft vor allem den Großhandel. Damit wird die Branche weiter wachsen, jedoch nicht mehr so kräftig wie in den letzten Monaten.

### **Industrie:**

Die bayerische Industrie startet ebenfalls stark in das Winterhalbjahr: Mit ihrer Geschäftslage zufrieden sind

51 Prozent der Unternehmen, unzufrieden sind nur 8 Prozent. So positiv haben sich die Unternehmen zuletzt zu Jahresbeginn 2012 geäußert.

Auch für die kommenden zwölf Monate bleiben die Aussichten günstig: Eine stabile Entwicklung erwarten zwei Drittel der Unternehmen, 25 Prozent rechnen sogar mit einem weiteren Zuwachs. Die Erwartungen sind damit nur etwas niedriger als im Frühjahr. Dies liegt vor allem am Inlandsgeschäft, für das die Unternehmen ihre Prognosen etwas reduziert haben. Optimistisch bewerten sie hingegen das Auslandsgeschäft. Vor allem Nordamerika verspricht Wachstum. Für den asiatischen sowie den größten Absatzmarkt, die EU, rechnen sie weiterhin nur mit einer moderaten Entwicklung. Große unmittelbare Auswirkungen des Brexit-Votums auf die Auftragserwartungen der Industrieunternehmen sind derzeit noch nicht erkennbar.

Etwas angestiegen ist die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Unverändert positiv sind hingegen die Beschäftigungspläne: 17 Prozent der Unternehmen suchen zusätzliches Personal und 11 Prozent wollen Stellen abbauen. Allerdings klagen auch in der Industrie 45 Prozent der Betriebe über den Fachkräftemangel. Auch dies ist ein neuer Rekord.

## **Dienstleistungen:**

Im bayerischen Dienstleistungsgewerbe laufen die Geschäfte so gut wie unmittelbar vor Beginn der Finanzkrise. Rund jedes zweite Unternehmen ist mit seiner aktuellen Lage zufrieden und lediglich 5 Prozent sind unzufrieden. Per Saldo wird der Rekord vom Frühjahr 2007 egalisiert.

Unternehmensnahe Dienstleister, wie zum Beispiel aus der IT-Branche, profitieren von der insgesamt guten wirtschaftlichen Entwicklung und die personenbezogenen Dienstleister von der Ausgabenfreude der privaten Haushalte.

Die Aussichten für die kommenden zwölf Monaten bleiben auch für das bayerische Dienstleistungsgewerbe grundsätzlich positiv: 26 Prozent der Unternehmen blicken optimistisch in die Zukunft, nur 11 Prozent pessimistisch.

Vor gänzlich anderen Problemen stehen hingegen die Kreditinstitute. Die Branche fällt mit ihren Einschätzungen aus dem positiven Gesamtbild heraus. Mehrheitlich blicken die Institute pessimistisch auf die kommenden Monate. Wie stark das Kreditgewerbe momentan unter Druck ist, zeigen auch die Risikobewertungen: Fast jedes Unternehmen sieht in den gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ein Geschäftsrisiko. Neben der Niedrigzinspolitik der EZB ist dies auch die weiter zunehmende Regulierung. Der Fachkräftemangel ist dagegen kaum ein

Thema, die Mehrheit der Kreditinstitute will Personal abbauen.

Diese Ergebnisse sind problematisch, da der Bankensektor von großer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung ist und Finanzmarktkrisen für Volkswirtschaften am schwersten zu verdauen sind.

### **Wirtschaftspolitik – keine Zeit zum Ausruhen**

Die öffentlichen Kassen sind prall gefüllt und die Arbeitslosigkeit ist niedrig. Daran dürfte sich in den kommenden Monaten angesichts unserer Umfrageergebnisse wenig ändern. Ökonomisch ist jetzt der ideale Zeitpunkt für Reformen. Dass die Notwendigkeit besteht, ist unbestritten. Weltweit können wir nicht mit niedrigen Löhnen und Kostenpunkten, sondern nur mit Know-How und High-Tech. Bayern als starkes Exportland und Spezialist in der internationalen Zusammenarbeit hat die besten Voraussetzungen, die gerade anbrechende „digitale Epoche“ zu prägen.

Politik und Wirtschaft können die dabei auftretenden Herausforderungen nur gemeinsam stemmen. Wir stehen vor vielfältigen Aufgaben. Die größte davon ist die optimale Vorbereitung unserer Fachkräfte auf die Digitalisierung.

Die Digitalisierung wird ähnlich wie die Industrialisierung viele bisherige Arbeitsformen auf den Kopf stellen. Während die Industrialisierung vor allem Fertigungsprozesse verändert hat, betrifft die Digitalisierung letztendlich alle Tätigkeiten, die automatisiert werden können. Dies wird dazu führen, dass das Fachkräftepotenzial völlig neu geordnet wird und Branchengrenzen sich immer mehr auflösen.

Dieser Strukturwandel muss abgefedert werden. Der Schlüssel hierfür ist die Bildung. Ich möchte nur zwei Ansatzpunkte herausgreifen: Unser Fachkräftenachwuchs sind die heutigen Schüler. Sie alle sind „digital natives“. Wie sie sich in der digitalen Welt zurechtfinden, lernen sie jedoch vor allem durch „learning by doing“, denn in den Lehrplänen spielen digitale Inhalte nur eine geringe Rolle. Wir begrüßen daher die „Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft“ von Bundesbildungsministerin Wanka. Es ist richtig, fünf Milliarden Euro in die Hardware der Schulen zu investieren. Nun sind die Länder gefordert, ihre pädagogischen Konzepte an das digitale Zeitalter anzupassen. Digitale Kompetenzen müssen bereits an Grundschulen und weiterführenden Schulen vermittelt werden. Schülern muss ein verantwortungsvoller Umgang mit digitalen Angeboten vermittelt werden. Die Unternehmen suchen nämlich keine Internet-Junkies, sondern innovative, eigenverantwortlich handelnde und kritisch denkende Fachkräfte, die über ihren Bildschirm hinausblicken.

Auch die Berufsschulen müssen wir zu digitalen Kompetenzzentren weiterentwickeln. Es ist richtig, dass auch sie auf den Fördertopf zugreifen können. Die bayerischen IHKs halten sich bereit, entsprechende digitale Inhalte für unsere Berufsschulen gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung zu entwickeln.

Gleichzeitig muss die betriebliche Ausbildung weiter gestärkt werden. Denn sie bietet die ideale Verknüpfung zwischen Theorie und Praxis. Den Trend zur Akademisierung, der aktuell einen neuen Höhepunkt erreicht hat, sehen wir kritisch: Während die Zahl offener Ausbildungsplätze in Bayern heuer auf rund 27.000 gestiegen ist, sind an bayerischen Hochschulen im Wintersemester 2016/2017 so viele Studenten wie noch nie immatrikuliert. Insgesamt studieren derzeit 380.000 Menschen im Freistaat an Universitäten, Fachhochschulen und anderen Studieneinrichtungen. Dem stehen rund 240.000 junge Leute gegenüber, die in Bayern eine Ausbildung absolvieren.

Diesem Trend muss begegnet werden, indem die Chancen einer dualen Ausbildung in den Schulen stärker vermittelt werden. Auch für die Geflüchteten bietet die berufliche Bildung eine ideale Integrationsmöglichkeit. Da dies jedoch nur wenigen Betroffenen bekannt ist, sollte in den Integrationskursen für diesen Weg geworben werden.

Neben der Bildung ist der zweite Ansatzpunkt die Flexibilität, die Unternehmen für die Digitalisierung benötigen. Bereits jetzt nennen die Betriebe am häufigsten als wirtschaftspolitische Risiken die Bürokratie und zu starke Regulierung. Wie dringend das Thema ist, unterstreicht auch ein BIHK-Unternehmensbarometer vom Juni dieses Jahres: Für 82 Prozent der bayerischen Unternehmen hat die Bürokratie ein Ausmaß erreicht, das ihre unternehmerische Tätigkeit stark einschränkt.

Vor allem das Steuerrecht und das Arbeitsrecht sind äußerst komplex. Die Regelungen passen teilweise nicht mehr zur Arbeitsrealität in den Unternehmen. Konkret fordern 86 Prozent der Unternehmen flexiblere Arbeitszeitregelungen und Lockerungen der Aufzeichnungspflichten. Auch die Bedeutung von Werk- und Dienstverträgen wird im Zuge des „Arbeiten 4.0“ an Bedeutung gewinnen. Knapp 60 Prozent der Unternehmen halten daher die von der Bundesregierung geplanten Einschränkungen für falsch.

Die Betriebe sind aber auch bereit, einen Beitrag für ein einfacheres Steuersystem zu leisten. Zwei Drittel der Unternehmen gaben zu Protokoll, dass sie einen Wegfall von Ausnahmeregelungen akzeptieren würden, auch wenn dadurch ihre Steuerbelastung stiege.

Auf dem Weg in die „digitale Epoche“ dürfen wir aber auch die grundlegenden Standortfaktoren unserer Wirtschaft nicht vergessen. Dazu gehört die Bereitstellung einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung sowie der notwendigen Infrastruktur – „klassisch“ und digital.

Die derzeitige Ausgestaltung der Energiewende treibt die Strompreise in ungeahnte Höhen. Die EEG-Umlage hat sich innerhalb von fünf Jahren auf einen aktuellen Höchstwert von 6,88 Cent je Kilowattstunde verdreifacht. Physikalisch bedingt fließt Ökostrom dazu deutlich weniger stabil als Kohlestrom. Drei Dinge müssen daher passieren: Erstens, der Netzausbau muss als Schlüsselement der Energiewende stark beschleunigt werden. Zweitens, wir brauchen mehr Wettbewerb und Wirtschaftlichkeit bei den erneuerbaren Energien. Und drittens, es müssen Marktanreize für grundlastfähige Erzeugungskapazitäten her.

Mit dem Ausbau des Breitbands ist Bayern auf dem richtigen Weg. Wir müssen jedoch schnellstens auch beim Funknetz weiterkommen. Es macht wenig Sinn über die Einführung von G5, der fünften Mobilfunk-Generation mit noch schnelleren Datenraten, zu reden, wenn nicht einmal G3 flächendeckend funktioniert. Autonomes Fahren und Funklöcher auf der Autobahn passen nicht zusammen.

Zuletzt braucht Bayern starke Partner, damit wir die „digitale Epoche“ prägen können. Die Digitalisierung treibt die internationale Verflechtung voran, sowohl was den Arbeitsmarkt als auch die Märkte für Güter und Dienstleistungen betrifft. Hier kann Bayern allein nicht bestehen, sondern nur in einem starken Europa. In unserer Umfrage sehen jedoch 71 Prozent der bayerischen Unternehmen ein Risiko in der Uneinigkeit der EU. Deswegen müssen sich Deutschland und Bayern für ein starkes Europa einsetzen. Auch im Hinblick auf die Bundestagswahl 2017 ist es für die Wirtschaft enorm wichtig, dass die Politik die Vorteile des Binnenmarkts betont.